

Der Wandel des Parteiensystems nach den Wahlen in Hessen, Niedersachsen und Hamburg

Die Folgen für die Regierungsbildung in der Bundesrepublik Deutschland bei der nächsten Bundestagswahl



Eckhard Jesse

Eckhard Jesse

Zusammenfassung

In der Bundesrepublik Deutschland entsteht ein offenkundig stabiles Fünfparteiensystem. Da eine herkömmliche Koalition aus zwei Parteien (einer großen und einer kleinen) für die Regierungsbildung oft nicht ausreicht, könnten neue „Dreierkoalitionen“ die Folge sein: schwarz-gelb-grüne – rot-grün-gelbe – rot-(dunkel)rot-grüne. Allerdings ist noch kein „Projekt“ für ein solches Dreierbündnis erkennbar.

1. Einleitung

„Seit die Linkspartei das deutsche Parteiengefüge durcheinandergeschüttelt hat, geht es in der Berliner Politik zu wie auf einer Singleparty: Nichts muss passieren, aber alles ist möglich. Die FDP blinzelt der SPD zu, die Grünen flirten mit der Union, und auch die beiden kleinen Parteien bandeln miteinander an, weil sie wissen, dass der Weg an die Macht wohl nur gemeinsam zu schaffen ist“ (Bornhöft/Pfister 2008: 34). So bildhaft umschrieb der „Spiegel“ die neue Lage. In der Tat ist Bewegung in das deutsche Parteiensystem geraten. Sprach nach der deutschen Einheit zunächst viel für Kontinuität (Stöss 2000), so weist die Entwicklung heute auf Diskontinuität hin (Jesse 2006; Niedermayer 2007). Das Parteiensystem hat sich gegenüber der Zeit vor der deutschen Einheit strukturell gewandelt (in puncto der Kriterien Fragmentierung, Polarisierung, Segmentierung und Volatilität).

Fragmentierung,
Polarisierung,
Segmentierung und
Volatilität

So deutet auch der Ausgang der jüngsten Wahlen in Hessen und Niedersachsen (jeweils am 27. Januar 2008) sowie in Hamburg (24. Februar 2008) eine Veränderung des Parteiensystems an. In allen drei Ländern zog die 2007 gegründete Partei „Die Linke“ – eine Fusion von Linkspartei und WASG – (Bergsdorf 2008) in die Parlamente ein. Als „fünftes Rad am Wagen“ machte sie die Mehrheitsbildung einer herkömmlichen Zweierkoalition unmöglich – jedenfalls in Hessen und Hamburg. Die Erinnerung an die „hessischen Verhältnisse“ und an die „Hamburger Verhältnisse“ aus der ersten Hälfte der achtziger Jahre, als regierungsfähige Mehrheiten vorübergehend nicht zustande gekom-

men waren, lebt(e) wieder auf. Seinerzeit löste Hamburg die „Unregierbarkeit“ anders als Hessen (durch Neuwahlen, nicht durch eine Annäherung an die Grünen). Diesmal könnte es umgekehrt sein.

Der folgende Beitrag fragt danach, worin sich die Veränderung zeigt und welche Folgen sie mit sich bringt. Führt der Wandel des Parteiensystems zu einem Wandel der Koalitionsmuster? Sollen sich Parteien vor einer Wahl (weiterhin) auf eine bestimmte Koalitionskonstellation festlegen? Welche Perspektiven gibt es für das Parteiensystem und die Koalitionsbildung auf der Bundesebene?

2. Ausgang der Landtagswahlen 2008 und die landespolitischen Folgen

Bei den letzten Wahlen in Hessen, Niedersachsen (jeweils 2003) und Hamburg (2004) gab es klare Mehrheitsverhältnisse. In Hessen und Hamburg gewann die CDU jeweils die absolute Mehrheit der Mandate, in Niedersachsen konnte sie mit den Liberalen eine Regierung stellen und die rot-grüne Koalition ablösen. Diesmal war der Wahlausgang in Hessen und Hamburg anders, nicht jedoch in Niedersachsen.

Niedersachsen Zwar büßte die CDU unter ihrem populären Ministerpräsidenten Christian Wulff auch in Niedersachsen Stimmen ein (statt 48,3 Prozent bekam sie 42,5 Prozent), doch blieb die Fortsetzung der schwarz-gelben Koalition ungefährdet – trotz des Einzugs der Linken in das Landesparlament. Die CDU allein erhielt mehr Stimmen als SPD und Grüne zusammen. Sie hatte sich vor den Wahlen für ein Bündnis mit den Liberalen ausgesprochen. Die SPD mit einem betont linken Kurs unter ihrem Spitzenkandidaten Wolfgang Jüttner verlor gegenüber der letzten Landtagswahl 3,1 Prozentpunkte und unterbot damit noch das bis dahin schlechteste Ergebnis von 2003.

Hessen In Hessen erlebte die CDU mit Verlusten in Höhe von 12,0 Punkten eine Erdbebenkatastrophe. Nach einer starken, für eine Regierungspartei überzogenen Polarisierung und Emotionalisierung in einem „Lagerwahlkampf“ (etwa über jugendliche Ausländerkriminalität) lag die CDU nur um 0,1 Punkte vor der SPD, die ihren Anteil um 7,6 Punkte auf 36,7 Prozent zu steigern vermochte. Deren Spitzenkandidatin Andrea Ypsilanti brachte Roland Koch, den Ministerpräsidenten aus den Reihen der CDU, in größte Schwierigkeiten. Noch einen Monat vor der Wahl hatte die CDU in den Meinungsumfragen klar in Führung gelegen. Mit der Kampagne gegen die überbordende Ausländerkriminalität konnte die CDU zwar das „Mindestlohn“-Thema weitgehend aus der politischen Agenda drängen, doch führte die Schärfe der öffentlichen Kritik zu einem für sie ungünstigen Meinungsklima. Durch den Einzug der vor allem bei Gewerkschaftsmitgliedern und Arbeitslosen erfolgreichen Linken in den Landtag reichte es schließlich weder zu einer schwarz-gelben noch zu einer rot-grünen Regierungsmehrheit. Da die FDP nicht bereit war, mit der SPD und den Grünen eine Koalition zu bilden, rückte die Spitzenkandidatin Andrea Ypsilanti mit der Rückendeckung ihres Bundesvorsitzenden Kurt Beck von den energisch und mehrfach vorgetragenen Versprechen vor der Wahl ab, sich nicht durch die Linke

tolerieren zu lassen. Ein solcher Anlauf blieb gleichwohl aus, da eine SPD-Abgeordnete, Dagmar Metzger, Ypsilanti nicht zur Ministerpräsidentin wählen wollte. Da die SPD zudem eine Koalition mit der CDU eigens ausschloss, konnte bzw. musste Roland Koch seine Amtsgeschäfte ohne parlamentarische Mehrheit geschäftsführend fortsetzen. Die weitere Entwicklung in Hessen ist damit offen.¹ Es wäre eine Paradoxie, würde der als konservativer Hardliner geltende Koch die erste „schwarze Ampel“ auf Landesebene zustande bringen. Die SPD machte aus dem „gefühlten“ Sieg durch ungeschicktes und unschickliches Verhalten eine reale Niederlage. Teile der Partei warfen ihrem Vorsitzenden Kurt Beck dreierlei vor: erstens den „Schwenk“ kurz vor der Hamburg-Wahl, zweitens den „Wortbruch“ und drittens die Entscheidung an sich, mit der Linken im Westen eine Zusammenarbeit zu erwägen.

In Hamburg verlor die CDU zwar auch, doch ohne Gefahr für die Fortsetzung der Regierungspolitik durch Ole von Beust. Die CDU, die ihren Sieg nicht zuletzt ihrem populären Bürgermeister verdankte, konnte sich den Koalitionspartner (SPD oder Grüne) „aussuchen“. Während die FDP erneut an der Fünfprozenthürde scheiterte, überwand die Linke sie erstmals. Allerdings schnitt sie nicht so gut ab wie erwartet. Offenbar hatte ihr die Diskussion um die Kandidatur von DKP-Mitgliedern auf der eigenen Liste geschadet.² Obwohl die Grünen vor der Wahl für ein rot-grünes Bündnis plädiert hatten, unterzeichneten sie mit der CDU einen Koalitionsvertrag. Da diese zu Konzessionen bereit war (u.a. bei der Einführung einer sechsjährigen „Primarschule“), kam es im Mai 2008 zur ersten schwarz-grünen Koalition auf Landesebene. Dabei fiel der CDU, die im Jahre 2001 mit der rechtspopulistischen Schill-Partei (und der FDP) die rot-grüne Regierung abgelöst hatte, ein solcher Schritt leichter als der Partei der Grünen.³

Bei einem Scheitern der Linken an der Fünfprozenthürde wäre in Hamburg eine rot-grüne Koalition gebildet worden, in Hessen hingegen eine schwarz-gelbe. Beide Beispiele belegen: Die Linke beeinflusst die Art der Regierungsbildung, selbst wenn sie an ihr nicht beteiligt ist.

3. Die Vielfalt der Koalitionsvarianten

Die Wählerschaft in Deutschland ist, wie nicht nur die drei erwähnten Ergebnisse 2008 zeigen, flexibler geworden – u.a. bedingt durch die Erosion der herkömmlichen Milieus. Die Auffächerung des Parteiensystems ist eine Folge davon.⁴ Die großen Parteien verlieren bei sinkender Wahlbeteiligung an Stimmen (Decker 2005; Jesse 2007a), die kleinen legen zu (Jun/Kreikenbom/Neu 2006). Wir bekommen – nach einem Dreiparteiensystem in den sechziger und siebziger Jahren, nach einem Vierparteiensystem in den achtziger Jahren – ein „fluides Fünfparteiensystem“ (Niedermayer 2008: 9-35), wenn nicht gar ein stabiles, obwohl in dem einen oder anderen Land (wie in Hamburg) nur vier Parteien in das Parlament einziehen oder gar sechs (wie in Sachsen). Das ist keine bloße Momentaufnahme, selbst wenn die Linke im Westen weniger als Milieupartei denn als Protestpartei auftritt. Die Rückentwicklung zu einem Vierparteien-

Hamburg

Wählerschaft
flexibler

tem ist wahrscheinlicher als die Herausbildung eines um eine Rechtsaußenpartei erweiterten Sechsparteiensystems. Die Last der leidvollen Vergangenheit dürfte dem Aufkommen einer Rechts(außen)partei, anders als in den meisten westeuropäischen Ländern (Decker/Hartleb 2007), auf absehbare Zeit im Wege stehen.

Die Geschichte der Linken ist – im Gegensatz zur extremen Rechten – die Geschichte ihrer Unterschätzung. Bereits 1990 totgesagt, gewann die PDS im Osten des Landes, aber nur hier, nahezu von Wahl zu Wahl an Stimmen; sie kam nach der Tolerierung von Rot-Grün in Sachsen-Anhalt 1994 („Magdeburger Modell“) sogar in die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommerns 1998 („Schweriner Modell“) und in die Berlins 2002. Dem kurzfristigen, jedoch gefährlichen Tief bei der Bundestagswahl 2002 (mit 4,0 Prozent) folgte ein Hoch bei der Bundestagswahl 2005 (mit 8,7 Prozent) und nach der Fusion von Linkspartei und WASG zur Linken 2007 – auch und gerade im Westen, einer elektoralen Diaspora. Herkömmliche Zweierkonstellationen (schwarz-gelb versus rot-grün) könnten damit selbst auf Länderebene im Westen unmöglich werden.

Der Kurswechsel, den die SPD nun einleitet, dürfte zu einem wechselnden Kurs der Partei in den Ländern gegenüber der Linken führen. Bisher war das Fünfparteiensystem stark segmentiert, weil die Linke – jedenfalls im Bund und in den westlichen Bundesländern – als Koalitionspartner ausschied. Die Öffnung der SPD für die Linke, selbst in den alten Bundesländern (aber nicht auf Bundesebene), wie nach den Wahlen in Hessen beschlossen, soll der Partei eine weitere Option ermöglichen. Ein rot-(dunkel)rot-grünes Bündnis vermeidet die Bildung einer großen Koalition, die oft Stillstand bedeutet. Ein solches Linksbündnis kann die Linke einerseits aufwerten, andererseits „entzaubern“.⁵

Das Ergebnis von Hamburg kam der CDU und den Grünen gelegen. Hier konnte es zumal für die CDU nicht besser „laufen“: Weder eine Alleinregierung noch eine schwarz-gelbe Koalition wäre für die CDU von bundespolitischer Attraktivität gewesen. Das Scheitern der Linken an der Fünfprozenthürde hätte die Partei, wie erwähnt, sogar in die Opposition geführt. So aber wandelt Ole von Beust in gewisser Weise auf den Spuren Rudolf Scharpings und Kurt Becks. Diese gingen mit der FDP in Rheinland-Pfalz eine Koalition ein und machten der CDU ihren angestammten Partner abspenstig. Für die CDU und die Grünen hat eine solche Premiere beträchtlichen Charme. Die Zahl der Koalitionsoptionen erhöht sich für beide Parteien. Die FDP ist durch das Hamburger schwarz-grüne Bündnis nicht geschwächt, im Gegenteil. Denn auf diese Weise wird ein schwarz-gelb-grünes Bündnis in anderen Ländern (und auch im Bund) indirekt vorbereitet, jedenfalls ermöglicht. Eine spezifische Koalition im Bund wiederum kann analoge Koalitionen in den Ländern begünstigen (Pappi/Becker/Herzog 2005).

Bisher gab es weder eine rot-(dunkel)rot-grüne⁶ Koalition noch eine schwarz-gelb-grüne, hingegen in Bremen (1991-1994) und in Brandenburg (1990-1994)⁷ eine rot-grün-gelbe Koalition – mit mäßigem Erfolg. Eine solche Koalitionskonstellation scheint im Gegensatz zu den beiden anderen Varianten weniger auf der politischen Agenda zu stehen, da die Liberalen auf einen strikten Abgrenzungskurs zu den Sozialdemokraten setz(t)en, doch bleibt auch die FDP von der neuen Beweglichkeit nicht verschont.

Cum grano salis gilt: Die Öffnung der SPD gegenüber der Linken machte es den Grünen leichter, eine Kooperation mit der CDU ins Auge zu fassen. Die Verbindung von CDU und Grünen wiederum ärgerte die Liberalen. Ihr Parteivorsitzender Guido Westerwelle erklärte in einem „Spiegel“-Gespräch etwas vollmundig: Sie „ist zumindest der Anlass für strategische Fragen. Wir dürfen uns nur noch auf eines verlassen: auf uns selbst. Wir müssen mit unserem freiheitlichen Programm als Kompass so groß werden wie möglich. Bündnisfragen kommen dann an zweiter Stelle. Wir werden eigenständige Wahlkämpfe führen“ (Westerwelle 2008: 32). Zwar ist mit dieser Aussage keine Abkehr von der Union verbunden, freilich eine gewisse (vielleicht nur taktisch bedingte) Distanz.

Wer die drei möglichen Dreierkonstellationen⁸ betrachtet, mag die Grünen vordergründig in einer komfortablen Position sehen, da sie jeweils „dabei“ sind. Aber ist es der eigenen Wählerschaft hinreichend plausibel zu machen, in Hamburg mit der CDU zu koalieren (vor der Wahl war davon nicht die Rede), in Hessen mit der SPD und der FDP oder nur mit der SPD – unter Tolerierung der Linken (vor der Wahl war davon ebensowenig die Rede)? Mit der Auflockerung ihrer Koalitionsoptionen muss auch ein Wandel ihres Profils einhergehen. Das ist für jede kleine Partei eine Gratwanderung, weil sie alte Wähler verliert und neue zunächst nur schwer gewinnt. Die FDP weiß davon ein Lied zu singen.

Allein der Blick auf die Lage in den drei Stadtstaaten macht die buntscheckige Vielfalt der Konstellationen deutlich. Ein schwarz-grünes Bündnis in Hamburg seit 2008 steht einer rot-(dunkel)roten Koalition in Berlin (seit 2002) und einer rot-grünen in Bremen (seit 2007) gegenüber. Die Parteien dürfen die Schuld für die Unübersichtlichkeit der Koalitionsvarianten weder bei den Wählern noch in fehlenden institutionellen Mechanismen (etwa einem Mehrheitswahlssystem) sehen. Sie waren verwöhnt, wie ein Blick auf die Verhältnisse in vielen europäischen Nachbarländern zeigt (Niedermayer/Stöss/Haas 2006). Der Flexibilität der Wählerschaft folgt noch keine Flexibilität der Parteien. Jedoch ist Wandel erkennbar. Damit hängt die Frage nach den Koalitionsaussagen der Parteien zusammen.

Unübersichtlichkeit
der
Koalitionsvarianten

4. Überlegungen zu Koalitionsaussagen der Parteien vor Wahlen

Die Probleme bei der Regierungsbildung nach den hessischen Landtagswahlen gingen nicht auf die Wähler zurück, sondern auf die Parteien. Diese hatten vor der Wahl jeweils nur eine Koalitionsvariante akzeptiert: Für die CDU kam lediglich eine Koalition mit der FDP in Frage und vice versa, für die SPD bloß ein Bündnis mit den Grünen, gegebenenfalls auch mit den Liberalen – und vice versa. CDU und SPD schlossen unisono, wie vor der Bundestagswahl 2005, leichtfertig eine große Koalition aus. So provozierten sie sehenden Auges ein Debakel für die eigene Glaubwürdigkeit.

Welche Lösung bietet die Politikwissenschaft für dieses Dilemma? Der Wähler soll keineswegs für Parteien votieren, die nach der Wahl in einer Art „Kuhhandel“ die jeweilige Regierung „ausmauscheln“, also nicht die „Katze im

Koalitionsaussagen

Sack“ kaufen, sondern faktisch über die Regierung entscheiden. Sonst wird die Stimme des Wahlbürgers entwertet. Insofern beziehen die Parteien in Deutschland zu Recht vor der Wahl in der Regel eine klare Position. Dies erwarten die Bürger zumal von Parteien mit einer geringen Stammwählerschaft. Hält die FDP eine Präferenz für die Union wie für die SPD erwägenswert, so dürfte ein Teil der eher National-Liberalen für die Union votieren, ein Teil der eher Sozial-Liberalen für die SPD, um „die Gegenseite“ nicht stark zu machen. Insofern sind kleinere Parteien wohl oder übel zu einer Koalitionspräferenz gezwungen. Die FDP hat im Bund bei unklaren Koalitionsaussagen eher schlecht abgeschnitten (Michel 2005): 1957 (7,7 Prozent), 1969 (5,8 Prozent) und 2002 (7,4 Prozent). Als die Grünen im Hamburger Wahlkampf 2008 zunächst lavierten, ging ihr Stimmenanteil in Meinungsumfragen zurück. Das veranlasste die Grünen zu einer Koalitionsaussage gegen die CDU, obwohl die Parteiführung gerne aus der „babylonischen Gefangenschaft“ (Poguntke 1999: 83-101) der SPD entkommen wollte.

Aber das ist nur die eine Seite der Medaille. Die klare Festlegung einer kleinen auf eine – und nur eine – große Partei erweist sich in einem Parteiensystem, in dem eine Partei als nicht koalitionsfähig galt oder gilt, als ein Fehler. Denn ein Fünfparteiensystem, in dem eine Partei für eine Koalition ausfällt, kann eine regierungsfähige Mehrheit blockieren. So wäre folgendes Verhalten der Partei X angezeigt: Unsere erste Präferenz ist eine Koalition mit Partei Y. Sollte dies arithmetisch jedoch nicht möglich sein, kommt gegebenenfalls eine Koalition mit Partei Z in Frage.

demokratie-
theoretisch sinnvoll

Was demokratietheoretisch sinnvoll erscheint, muss dem Wähler allerdings nicht unbedingt einleuchten. Ist ihm plausibel zu machen, dass die Partei vor den Wahlen zwei Optionen goutiert? Oder gelten solche Varianten als eine Art „Umfall“? Eben davor haben die Liberalen panische Angst. Noch wirkt das Trauma von 1961 nach, als die FDP vor der Wahl eine Koalition mit der Union unter Konrad Adenauer ausschloss, danach jedoch „einknickte“.

Fällt eine Partei für die Koalitionsbildung aus – sei es, weil sie kein Bündnis will, sei es, weil man mit ihr keines will –, so gilt folgende Konsequenz: Wer eine große Koalition (wegen der Gefahr des Stillstandes) und eine Minderheitsregierung (wegen der Gefahr der Labilität und der fehlenden Verankerung in der deutschen politischen Kultur) ablehnt, darf eine Dreierkoalition vor der Wahl nicht ausschließen (rot-grün-gelb bzw. schwarz-gelb-grün). Die andere Variante, die die SPD nun auch in den alten Bundesländern nicht ausschließt, wäre die Einbeziehung der fünften Partei – der Linken – in das Szenario für Koalitionskonstellationen. Doch wie reagieren die Wähler, wenn sie vorher wissen, SPD, Grüne und Linke favorisierten ein Bündnis? Dann könnte sich zeigen: Die behauptete „strukturelle linke Mehrheit“ auf Bundesebene existiert so gar nicht.⁹ Denn manch ein Bürger hat die SPD nur in dem Bewusstsein gewählt, dass diese Partei eine Koalition mit der Linken oder eine Tolerierung durch sie ausschließt. Insofern steht die oft nach Wahlen beschworene Auffassung von der „Mehrheit jenseits der CDU und FDP“ auf tönernen Füßen.

Es fehlen bisher umfassende Untersuchungen zur Frage, wie die Festlegung einer Partei vor der Wahl die Stimmabgabe beeinflusst. Bei einer größeren Kraft spielt dies offenkundig eine geringere Rolle. Überhaupt hat die hiesige For-

schung die Frage nach den Koalitionsaussagen der Parteien bisher vernachlässigt (Jesse 2007b; Jun 2007) – einfach deshalb, weil in der Bundesrepublik Deutschland entweder das eine oder das andere politische Lager lange über eine Mehrheit verfügte. Das scheint heute nicht mehr im gleichen Maße der Fall zu sein.

5. Perspektiven für die nächste Bundestagswahl

Der Ausgang der jüngsten Landtagswahlen könnte einen fundamentalen Wandel einleiten. Die Linke überwand trotz für sie ungünstiger Bedingungen (die SPD-Spitzenkandidaten traten nahezu antikapitalistisch auf) in westdeutschen Flächenländern zum ersten Mal die Fünfprozenthürde.¹⁰ Damit dürfte die Partei auf absehbare Zeit bundesweit etabliert sein. „Es geht ein Beben durch die deutsche Parteienlandschaft – doch anders als bei den Erd- und Seebeben ist die Ursache genau auszumachen: Es ist der Souverän [...]. Er erzwingt all die Veränderungen, und doch gilt die Aufmerksamkeit nicht ihm, sondern den verschiedenen Gesteins- und Geröllmassen, Parteien und Parteienbündnisse genannt, die hin und her verschoben werden [...]“ (Hefty 2008: 12).

Im Gegensatz zu dem buntscheckigen Parteiensystem im Kaiserreich und in der Weimarer Republik zeichnete sich das Parteiensystem nach 1945 durch zwei (unterschiedlich große) Lager aus.¹¹ Neu ist: Durch die Existenz von fünf Parteien im Parlament wird eine Zweier-Koalition erschwert.¹² Wir haben damit – paradox formuliert – momentan eine Asymmetrie zuungunsten der Union wie zuungunsten der SPD, fällt doch die Linke jedenfalls auf Bundesebene als Partner aus – auch nach dem Kurswechsel der SPD im Februar 2008.

Muss der eine Wandel einen anderen Wandel folgerichtig bedingen? Kommt es im Bund zu einer Dreierkoalition: zu einer schwarz-gelb-grünen oder zu einer rot-grün-gelben? Oder bleibt es bei einer großen Koalition – für den Fall, dass kein herkömmliches Zweierbündnis eine Mehrheit erhält? Ein linkes „Dreierbündnis“ bei der nächsten Bundestagswahl ist so gut wie ausgeschlossen – weniger deshalb, weil die Linke sich eigener Lesart nach weigert, sondern vor allem deshalb, weil die SPD-Führung ein solches unzweideutig – ohne Wenn und Aber – ablehnt, von Ausnahmen wie Klaus Wowereit abgesehen. Was 2005 eintrat, geschieht 2009 ebenso nicht. Der cordon sanitaire auf Bundesebene gegenüber der Linken funktioniert noch. Sollte keine der drei Parteien nach der nächsten Wahl an der Regierung beteiligt sein, könnte künftig aus der gemeinsamen Opposition eine solche Koalitionspräferenz entstehen.

Dreierkoalition im Bund?

Die Kriterien für Koalitionsoptionen und für ihren Wandel sind zahlreich: Ohne Anspruch auf Vollständigkeit ließen sich die Koalitionswünsche der Wähler nennen, die programmatischen Ähnlichkeiten der Parteien, die „Chemie“ zwischen den Spitzenkandidaten, die bisherigen Koalitionserfahrungen, die arithmetischen Konstellationen (Jun 2007: 494). So ist eine Koalition von schwarz und gelb mit grün schon deshalb wahrscheinlicher als eine Koalition von rot und grün mit gelb, wenn schwarz und gelb über mehr Stimmen verfügen als rot und grün. Dieses Faktorenbündel soll im einzelnen nicht auf konkrete Konstellationen angewendet werden.

Noch sind Teile des grünen und (weniger) des schwarzen Lagers bei allen Tendenzen der Auflockerung in ihren ideologischen Schützengräben verschanzt. Die einen gelten als euphorische 68er, die anderen als deren dezidierte Gegner. Wenngleich die Wirklichkeit weitaus komplizierter ist und manche Gemeinsamkeiten bestehen (Stichwort Subsidiarität), überlagert misstrauische Wahrnehmung selbst nach der Hamburger Koalitionsneuheit eine Annäherung.¹³ Zwischen den Sozialdemokraten und den Liberalen überwiegen trotz der gemeinsamen Erfahrungen erst recht die Konflikte. Die Zahl der Bereiche, in denen Differenzen bestehen, ist Legion, ungeachtet mancher Schnittmengen (etwa im Bereich der inneren Sicherheit). „Ich finde, gute Kombinationen sind SPD und FDP oder CDU und GAL“ (Dohnanyi 2008). Das mag so sein (oder auch nicht), aber momentan spricht wenig für die Annahme, dass es zu einer derartigen Koalition kommt, wenn die SPD die Möglichkeit zu einem Bündnis mit den Grünen hat und die Union zu einem solchen mit den Liberalen.

Dreierkoalitionen würden weniger an dem Konflikt zwischen Liberalen und Grünen scheitern. Hier gibt es erstaunliche Affinitäten etwa mit Blick auf die sozioökonomische und die kulturelle Konfliktlinie. Beide propagieren, wiewohl unterschiedlich akzentuiert, „weniger Staat“, und beide verkörpern eher ein libertäres Wertesystem als ein autoritäres. Das Problem ist vielmehr: Die Liberalen wollen nicht als Feigenblatt für ein rot-grünes Bündnis firmieren, die Grünen keine schwarz-gelbe Zusammenarbeit absichern.¹⁴ Gegenwärtig ist bei beiden keine größere Neigung zu einem für sie unkalkulierbaren Experiment auf Bundesebene zu verspüren. Die Grünen sind aus inhaltlichen und strategischen Gründen – noch – an die SPD gebunden, die Liberalen, die bekanntermaßen hartnäckig unter dem „Umfaller“-Image leiden, an die Union. Die Wählerschaft der Grünen steht der SPD näher, die der FDP der Union, wie u.a. eine Analyse des Stimmensplittings zeigt (Pappi/Herzog/Schmidt 2006). Immerhin wollen die Grünen bei der Bundestagswahl 2009 den Wahlkampf ohne feste Koalitionsaussage bestreiten¹⁵ und auf „Inhalte“ setzen (Löwenstein 2008). Sie haben sich damit weiter von der SPD entfernt als die Liberalen von der Union. Ein schwarz-gelb-grünes Bündnis ist folglich wahrscheinlicher als ein rot-grün-gelbes – für den Fall einer Blockierung der herkömmlichen Regierungsmehrheiten. Ein Ergebnis der Union und der FDP knapp unterhalb der absoluten Mehrheit böte den Grünen die Möglichkeit, eine Koalition mit den beiden Parteien einzugehen, damit „Schlimmeres“ – eine neue große Koalition – verhindert werde.

Lagerübergreifende
Bündnisse als
verkappte große
Koalitionen

Der Wähler sollte von Dreierkoalitionen keine kleinen Wunder erwarten. In einer von der Union geführten Koalition firmierten die Grünen als Außenseiter, in einer von der SPD bestimmten Koalition die Liberalen. Das Profilierungsbedürfnis ist programmiert. Die Auflockerung des Parteiensystems durch Dreierbündnisse muss den Verdruss von Bürgern nicht mindern, weil es ihnen an klaren Konturen mangelt. Im Grunde sind lagerübergreifende Bündnisse – überspitzt formuliert – verkappte große Koalitionen.

Der eine Wandel (Verankerung des Fünfparteisystems) muss den anderen Wandel (Installierung von Dreierbündnissen) nicht automatisch sofort nach sich ziehen. Zudem haben angepeilte Dreierbündnisse bisher keinen gemeinsamen Nenner, auf den sich solche Koalitionen, sollen sie eine neue Ära einleiten, be-

rufen können (Sattar 2008). Das war 1969 der Fall, als SPD und FDP eine „Reformkoalition“ schmiedeten, ebenso 1982, als Union und FDP durch die Unterstützung des NATO-Nachrüstungsdoppelbeschlusses die Westintegration auch militärisch zu stabilisieren suchten. Das galt erst recht für 1998, als SPD und Grüne einen „ungefilterten“ Regierungswechsel herbeiführten. Beide Parteien wünschten mit ihrem „rot-grünen Projekt“ (Egle/Ostheim/Zohlhöffner 2003) zwar keine „neue“ Republik, aber eine „andere“ Republik (z.B. mehr Rechte für Menschen mit „Migrationshintergrund“). Sprachen Union und FDP vor der Wahl 2005 von einer „Koalition des Aufbruchs“, so blieb nach der Wahl der „Aufbruch der Koalition“ mangels einer Mehrheit aus. Ein Dreierbündnis wäre gegenwärtig nur ein aus der Not geborenes, wohl eher labiles Zweckbündnis – ohne große gemeinsame Idee, kein Projekt. Könnte der – zugegebenermaßen vage – Begriff von der „Bürgergesellschaft“, die auf „Eigenverantwortung“ und „Leistungsträger“ setzt, ein einigendes Band für Union, FDP und Grüne sein? Eine neue Lagerbildung ist damit jedoch nicht verbunden.

Anmerkungen

- 1 Während Kurt Beck prinzipiell eine Koalition der SPD mit der Linken in Hessen nun ausschloss, ging Andrea Ypsilanti nicht soweit.
- 2 In Niedersachsen war auf der Liste der Linken ein DKP-Mitglied in den Landtag eingezogen. Es hatte nach der Wahl unverhohlen die Mauer und einen neuen Staatssicherheitsdienst gerechtfertigt. Die Linke schloss Christel Wegner daraufhin aus der Fraktion aus und erklärte, dass künftig kein Mitglied einer anderen Partei einen Listenplatz mehr erhält. Durch eine Änderung des Bundeswahlgesetzes ist dies im Bund künftig ohnehin nicht mehr möglich.
- 3 Nach der Wahl in Baden-Württemberg im Frühjahr 2006 scheiterte eine schwarz-grüne Koalition eher an der CDU als an den Grünen.
- 4 CDU und CSU werden in diesem Zusammenhang als eine Partei gezählt, da sie nicht in Konkurrenz zueinander stehen. Im Parlament bilden sie *eine* Fraktion.
- 5 Die Regierungsbeteiligung der PDS zahlte sich weder in Mecklenburg-Vorpommern noch in Berlin aus. In Mecklenburg-Vorpommern (2002) verlor die Partei jeden dritten Wähler, in Berlin (2006) gar fast jeden zweiten.
- 6 In Sachsen-Anhalt wurde die Minderheitsregierung der SPD und der Grünen zwischen 1994 und 1998 durch die PDS toleriert, in Berlin 2001/02.
- 7 Genau genommen waren in der Regierung Brandenburgs Vertreter des Bündnis 90, nicht solche der Grünen.
- 8 Koalitionskombination zwischen der Union sowie der FDP auf der einen Seite und der Linken auf der anderen Seite sind wegen mangelnder Praxisrelevanz zu vernachlässigen. Sollten die Union und die Linke irgendwo eine arithmetische Mehrheit besitzen, so ist diese nicht politisch umsetzbar. Hingegen wäre bei einer solchen Konstellation eine Verbindung von SPD, FDP und den Grünen unmöglich.
- 9 Die These von der „strukturellen Mehrheit“ der linken Parteien (seit der Bundestagswahl 1998 haben Union und Liberale weder eine Mehrheit der Mandate noch gar der Stimmen) steht zu der These von der zunehmend gestiegenen Volatilität der Wählerschaft ohnehin in einem gewissen Spannungsverhältnis.
- 10 Die Erfolge der Linken in Stadtstaaten wie Bremen und Hamburg wären angesichts spezifischer Bedingungen noch kein ausreichendes Indiz für die Etablierung der Linken im Westen.
- 11 Die FDP stärkte bundespolitisch nicht nur das Lager der Union, sondern zeitweilig auch das der SPD (1969-1982). Auf Landesebene änderte sich die Lagerbildung öfter. Sie ist von bundes- wie von landespolitischen Faktoren geprägt (Jun 1994). Mit dem Aufkom-

men der Grünen entstand zwar nicht gleich, aber nach einiger Zeit ein symmetrisches Parteiensystem.

- 12 Nur bei der ersten Bundestagswahl 1949 und der letzten Bundestagswahl 2005 hatte eine Großpartei keine Mehrheit mit einer kleineren. 1953 nahm die Union mehrere Parteien zur Stärkung des „bürgerlichen Blocks“ in die Regierung, 1957 die DP, obwohl sie über die absolute Mehrheit nicht nur der Mandate, sondern sogar der Stimmen verfügt hatte.
- 13 Der Übertritt des ehemaligen prominenten grünen Aktivisten Oswald Metzger kommt zur Unzeit. Für die Grünen gilt Metzger als „Renegat“, bei der CDU herrscht auch kein Enthusiasmus.
- 14 Dabei könnten die Grünen gerade in einer „schwarzen“ Ampel ihre Eigenständigkeit unter Beweis stellen, die Liberalen in einer von der SPD dominierten Dreierkonstellation. Vor allem besteht die Möglichkeit, sich in einer derartigen Koalition teurer zu „verkaufen“.
- 15 Diese u.a. von Jürgen Trittin, einem der beiden Spitzenkandidaten für die Bundestagswahl 2009, verfochtene Position hat der Länderrat der Grünen im April 2008 zwar nicht revidiert, aber etwas abgeschwächt.

Literatur

- Bergsdorf, Harald 2008: Die neue „Linke“. Partei zwischen Kontinuität und Kurswechsel, Bonn.
- Bornhöft, Petra/Pfister, René 2008: Politische Singleparty, in: Der Spiegel vom 17. März, S. 34-37.
- Decker, Frank 2005: Politikverdrossenheit ohne Ende? Zur Krise der deutschen Parteiendemokratie, in: Gesellschaft – Wirtschaft – Politik 54, S. 104-127.
- Decker, Frank/Hartleb, Florian 2007: Populism on Difficult Terrain: The Right- and Left-Wing Challenger Parties in the Federal Republic of Germany, in: German Politics 16, S. 434-454.
- Dohnanyi, Klaus von 2007: „CDU und GAL sind eine gute Kombination“, in: Welt am Sonntag vom 20. April, HH1.
- Egle, Christoph/Ostheim, Tobias/Zohnhöfer, Reimut (Hrsg.) 2003: Das rot-grüne Projekt. Eine Bilanz der Regierung Schröder – 1998-2002, Wiesbaden.
- Hefty, Georg Paul 2008: Das Wahlvolk lässt es beben. Nicht die Parteiführer ordnen die Landschaft neu, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 21. April, S. 12.
- Jesse, Eckhard 2006: Parteiensystem im Wandel? Das deutsche Parteiensystem vor und nach der Bundestagswahl 2005, in: Ders./Sturm, Roland (Hrsg.): Bilanz der Bundestagswahl 2005. Voraussetzungen, Ergebnisse, Folgen, Wiesbaden, S. 21-41.
- Jesse, Eckhard 2007a: Sinkende Wahlbeteiligung, sinkende Zustimmung zu den Volksparteien, steigende Akzeptanz für radikale Parteien. Vorboten einer Krise der Parteiendemokratie?, in: Vogel, Bernhard/Herz, Dietmar/Kneuer, Marianne (Hrsg.), Politik – Kommunikation – Kultur. Festschrift für Wolfgang Bergsdorf, Paderborn, S. 75-84.
- Jesse, Eckhard 2007b: Koalitionsaussagen der Parteien vor Bundestagswahlen, in: Ders./Klein, Eckart (Hrsg.): Das Parteienspektrum im wiedervereinigten Deutschland, Berlin, S. 85-96.
- Jun, Uwe 1994: Koalitionsbildung in den deutschen Bundesländern. Theoretische Betrachtungen, Dokumentation und Analyse der Koalitionsbildungen auf Länderebene seit 1949, Opladen.
- Jun, Uwe 2007: Parteiensystem und Koalitionskonstellationen vor und nach der Bundestagswahl 2005, in: Brettschneider, Frank/Niedermayer, Oskar/Weßels, Bernhard (Hrsg.): Die Bundestagswahl 2005. Analysen des Wahlkampfes und der Wahlergebnisse, Wiesbaden, S. 491-515.
- Jun, Uwe/Kreikenbom, Henry/Neu, Viola (Hrsg.) 2006: Kleine Parteien im Aufwind. Zur Veränderung der deutschen Parteienlandschaft, Frankfurt a.M./New York.
- Löwenstein, Stephan 2008: Bereit für neue Konstellationen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 7. April; S. 1.

- Michel, Marco 2005: Die Bundestagswahlkämpfe der FDP 1949-2002, Wiesbaden.
- Niedermayer, Oskar 2007: Die Entwicklung des bundesdeutschen Parteiensystems, in: Dekker, Frank/Neu, Viola (Hrsg.): Handbuch der deutschen Parteien, Wiesbaden, S. 114-135.
- Niedermayer, Oskar 2008: Das fluide Fünfparteiensystem nach der Bundestagswahl 2005, in: Ders. (Hrsg.): Die Parteien nach der Bundestagswahl 2005, Wiesbaden, S. 9-35.
- Niedermayer, Oskar/Stöss, Richard/Haas, Melanie (Hrsg.) 2006: Die Parteiensysteme Westeuropas, Wiesbaden.
- Pappi, Franz Urban/Herzog, Alexander/Schmidt, Ralf 2006: Koalitionssignale und die Kombination von Erst- und Zweitstimme bei den Bundestagswahlen 1953 bis 2005, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 37, S. 493-513.
- Pappi, Franz Urban/Becker, Axel/Herzog, Alexander 2005: Regierungsbildung in Mehrebenensystemen: Zur Erklärung der Koalitionsbildung in den deutschen Bundesländern, in: Politische Vierteljahresschrift 46, S. 432-458.
- Poguntke, Thomas 1999: Die Bündnisgrünen in der babylonischen Gefangenschaft?, in: Niedermayer, Oskar (Hrsg.): Die Parteien nach der Bundestagswahl 1998, Opladen, S. 83-101.
- Sattar, Majid 2008: Farbenspiele, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 22. März, S. 8.
- Spier, Tim/Butzlaff, Felix/Micus, Matthias/Walter, Franz (Hrsg.) 2007: Die Linkspartei. Zeitgemäße Idee oder Bündnis ohne Zukunft?, Wiesbaden.
- Stöss, Richard 2000: Mehr Kontinuität als Wandel. Das Parteiensystem vor und nach der deutschen Vereinigung, in: Czada, Roland/Wollmann, Helmut (Hrsg.): Von der Bonner zur Berliner Republik, Wiesbaden, S. 308-327.
- Westerwelle, Guido 2008: „Ich bin nicht beleidigt“, in: Der Spiegel v. 10. März 2008, S. 32-34.